

Haushalt und Finanzen 2020



Rede des Vorsitzenden der UWG-Kreistagsfraktion, Heinz Jürgen Lunemann, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2020 am 11. Dezember 2019
(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr,
werte Kreistagskolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Ende eines jeden Jahres steht die Beschlussfassung des Kreishaushaltes des folgenden Jahres an. Das Zahlenwerk wird immer grösser und komplexer.

Herr Kreisdirektor a.D. Gilbeau hat seinem Nachfolger Dr. Tepe ein in unseren Augen gut aufgestelltes Kreishaus mit seinem Personal und mit seinen dazu gehörenden Aufgaben hinterlassen. Wir sind sicher, dass Herr Dr. Tepe nach einer ihm zustehenden Einarbeitungszeit dieses fortführen wird.

Bevor ich zum Haushalt 2020 komme, möchte ich mich im Namen der Fraktion bei einer Person ganz besonders bedanken.

Es ist die Herrscherin über das Zahlenwerk des Kreises. Liebe Frau Brockkötter, wenn man sie anspricht oder anruft, bekommt man immer eine klare, kompetente und freundliche Auskunft. Den Stress, den sie haben, merkt man ihnen nicht an bzw. kommt dieser nicht rüber.

Jetzt möchte ich aber zum Haushalt 2020 kommen. Wie in den letzten Jahren ist uns ein Zahlenwerk vorgelegt worden, dass in großen Zügen verständlich und nachvollziehbar ist. Wir sind zwar nicht mit allen Zahlen, die veranschlagt wurden, einverstanden, so ist das nun mal, aber die Richtung muss stimmen.

Wenn man sich die Modellrechnung zum GFG anschaut, werden einige unserer Städte und Gemeinden höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Ebenso steigen dort die Steuereinnahmen. Wir im Kreis senken nochmals die Kreisumlage und Jugendamtsumlage auf 47,56%, nehmen sogar noch eine größere Reduzierung unserer Ausgleichsrücklage in Kauf.

Wir wissen, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine andere Ansicht haben, das ist auch gut so, aber man sollte diesen Konflikt nicht über die Presse austragen. Es gibt auch andere Wege. Vielleicht liegt es auch daran, dass Wahlen 2020 anstehen und ein jeder, der wieder antritt, gut dastehen möchte.

Schwerpunkt unserer Klausur war - wie kann die Kreisumlage und insbesondere die Jugendamtsumlage gesenkt werden-, mit welchen Konsequenzen. Es hat sich gezeigt, dass wir mit dem Beschluss des Kreisausschusses am 04.12.19 gar nicht weit auseinander lagen. Ich glaube, dass beide Seiten damit gut leben können. Man wird es sowieso nicht allen recht machen. Daher unser Appell an den Landrat und alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, lasst uns mehr miteinander kommunizieren, damit unsere kommunale Familie, wie es immer wieder betont wird, in Zukunft auch das wieder ist. Heute hat sie doch einige Kratzer.

Wie bereits im letzten Jahr sehen wir kritisch die Landschaftsverbandsumlage, zahlen wir immerhin doch knapp 53 Millionen €. Dies sind fast 8 % des Gesamtbetrages unseres Haushaltes. Der LWL erbringt gerade im sozialen Bereich gute Leistungen, jedoch dann sollte an anderer Stelle nachgedacht und entschieden werden, wie eine bessere Ausstattung zur Entlastung beitragen könnte.

Hier appelliere ich ganz besonders an unsere Landtagsabgeordneten, dass grundsätzlich eine ausreichende Mittelausstattung des LWL seitens des Landes erfolgt.

Weiterhin wird von uns ein weiterer Ausbau neuer Gruppen- und Kindertageseinrichtungen unterstützt. Wir von der UWG fordern auch weiterhin evtl. Veränderungen der Öffnungszeiten in den Kitas zur Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf.

Mit den Trägern der Einrichtungen sollten mögliche Veränderungen besprochen werden.

Wir können die Kritik der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nachvollziehen, dass ein enormer Überschuss jährlich in der Jugendamtsumlage entsteht, der erst im übernächsten Jahr zur Auszahlung kommt. Durch die jetzige Senkung der Jugendamtsumlage von – 1,28% sollte ein enormer Überschuss nicht mehr entstehen, zumal durch die Einführung des 2. beitragsfreien Kita-Jahres ab 01.08.2020 bereits jetzt ca. 450.000 € nicht berücksichtigt wurden.

Der Handlungsbedarf über die Fortschreibung der Rettungsbedarfsplanung war überfällig. Kopfschmerzen bereiten uns die Randgebiete wie Rosendahl, Senden, Herbern, Capelle und Südkirchen. Wir können uns nicht immer auf andere Rettungswachen außerhalb des Kreisgebietes verlassen, da auch diese an ihre Kapazitätsgrenzen angekommen sind.

Wir begrüßen die Aufstockung des Personals und der Rettungsmittel. Auch tragen wir die Erweiterungs- und Neubauten mit. Zusätzlich fordern wir für die Randgebiete, wie vorher aufgeführt, in geeigneten Zeitabständen eine Überprüfung. Eine Auswertung aller Einsätze für das Jahr 2019 sollte bis zur 1. Sitzung 2020 des Fachausschusses möglich sein, um evtl. Veränderungen zu reagieren. siehe Beispiel Olfen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir im bezahlbaren Wohnungsbau. Hierzu sollte die Verwaltung über ein gemeinsames Modell mit unseren Städten und Gemeinden beraten.

Zu welchem Ergebnis dies geführt hat, sehen wir am Beispiel ehemals Astrid-Lindgren-Schule in Lüdinghausen. Wir hoffen auf eine baldige und einvernehmliche Lösung zwischen Stadt Lüdinghausen und der Kreisverwaltung.

An dieser Stelle sei die Frage erlaubt,

„was haben die Städte und Gemeinden in den letzten Jahren getan, um **bezahlbaren** Wohnraum zu schaffen“? Seitdem die Bindungsfrist abgeschafft wurde, ist dieser Bereich **stark** vernachlässigt worden.

Am vergangenen Wochenende war in der Presse zu lesen, dass wir 940 Tafeln in Deutschland haben. Diese versorgen 1,65 Millionen Hilfsbedürftige. Auch wir haben im Kreis diese Ausgabestellen, wo Ehrenamtliche hervorragende Arbeit leisten. Das ist auch gut so, trotzdem sollte es das uns zu **denken** geben.

In der heutigen Zeit ist W-LAN und schnelles Internet ein „selbstverständlich“. Aber nicht an unseren beiden Berufskollegs. Eine gute Ausstattung ist daher erforderlich, nicht nur auf dem Papier oder der Webseite. Herr Landrat, wir fordern sie auf, die gravierenden Mängel schnellstmöglich beheben zu lassen, damit ein einwandfreier Unterricht und Lernen ermöglicht werden kann.

Und nun zum Thema **Verlagerung der Förderschule** von Lüdinghausen nach Nottuln.

Der Kreistag hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Förderschule von Lüdinghausen nach Nottuln verlegt wird. Aufgrund der Schülerzahlen und des Schulentwicklungsplanes war absehbar, dass ein Teilstandort in Lüdinghausen nicht haltbar und durchsetzbar ist. Es gab seitens der Eltern- und Schulpflegschaft keine Einwände für eine Verlegung nach Nottuln. Der Einwand, dass Schüler aus Lüdinghausen jetzt länger unterwegs sind, ist nachvollziehbar, aber gab es jemals Beschwerden darüber, dass die Schüler aus dem Nordkreis lange Fahrzeiten haben? Für Olfen und Nordkirchen wurde eine Lösung mit dem Kreis Unna gefunden. Ob eine Privatschule (Jugendhilfe Werne) im Südkreis errichtet wird, bleibt abzuwarten.

Vielleicht ergeben sich andere Möglichkeiten, die heute noch nicht absehbar sind.

Die Maßnahmen im Bereich Jugend, Soziales, Straßenbau, Radwegebau, ÖPNV und Klima werden von uns mitgetragen.

Dem vorgelegten Entwurf für 2020 mit seinen Änderungen und der Stellenplan wird seitens der UWG-Kreistagsfraktion zugestimmt.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr, sehr geehrter Herr Kreisdirektor Dr. Tepe, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Fraktion möchte sich bei Ihnen für die geleistete Arbeit in 2019 bedanken.

Auch möchte sie sich ganz besonders bei allen Ehrenamtlichen bedanken, denn ohne ihren unermü-
dlichen Einsatz würden wir dies nicht leisten können.
Zum guten Schluss sage ich „Danke“ bei allen Parteien für die konstruktive Zusammenarbeit, sei es in
den Unter- oder in den Fachausschüssen im Jahr 2019.
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen erfolgreichen
und gesunden Start ins neue Jahr 2020.

- - -